Offenes Blatt

Informationen und Meinungen aus dem Kreisverband DIE LINKE. Schwerin
Juni 2016

Landesparteitag beschließt Wahlprogramm



Vorsitzender Bernd Riexinger



Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow

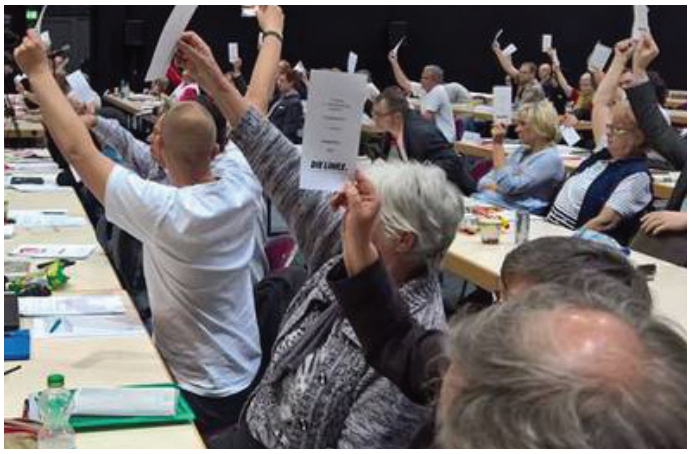
Mit großer Mehrheit wurde nach tiefgründiger Diskussion von den Delegierten des Landesparteitages in Schwerin das Programm zur Landtagswahl beschlossen. „Es ist zwar das längste, aber auch das beste Wahlprogramm“ sagte die Landesvorsitzende Heidrun Bluhm abschließend. Unter dem Motto „Aus Liebe zu M-V.“ setzt sich DIE LINKE für mehr soziale Gerechtigkeit in Mecklenburg-Vorpommern ein.

Spitzenkandidat Helmut Holter sprach auf dem Landesparteitag über Perspektiven für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern. Dazu stehen viele Ansätze in unserem Wahlprogramm, wie die kostenfreie Kita, ein Investitionsprogramm für benachteiligte Regionen oder die Ausbildungsoffensive im Pflegebereich ... damit unser Land sozial gerechter und der rot-schwarze Stillstand beendet wird. „Zehn Jahre großer Koalition sind genug!“ rief Helmut Holter den Delegierten zu. Ingo Schlüter, stv. Vorsitzender des DGB Bezirk Nord, forderte mehr Tarifbindung im Land und eine Erhöhung des Mindestlohnes. DIE LINKE weiß er bei diesen Forderungen als Partner der Gewerkschaften an seiner Seite.

Der Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Bernd Riexinger, war zu Gast auf dem Landesparteitag in Schwerin. Er klagte die heuchlerischen Äußerungen anderer Parteien beim Thema Rente an. Wer seit Jahren in der Regierung sitzt und das Rentensystem beschneidet und nun Verbesserungen fordert, ist einfach ungaubwürdig. In Richtung AfD stellte er klar, dass diese Partei zwar vorgibt eine Alternative zu sein, aber eigentlich den Wohlstand weniger will und die Armut vieler in Kauf nimmt bzw. diese Ungerechtigkeiten sogar noch verschärfen will. Soziale Gerechtigkeit gibt es nur mit der LINKEN.

Am Vormittag brachte unsere Landesvorsitzende Heidrun Bluhm auf dem Landesparteitag in der Schweriner Sport- und Kongresshalle den Antrag des Landesvorstandes zum Programm zur Landtagswahl am 4. September ein. Sie machte deutlich, dass nur DIE LINKE eine wirkliche Alternative zur rot-schwarzen reinen Verwaltung dieses wunderschönen Bundeslandes darstellt. Unter dem Motto „Aus Liebe zu M-V“ gehen wir selbstbewusst in die Landtagswahl und kämpfen für soziale Gerechtigkeit!

Schwerins Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow begrüßte zuvor die Delegierten des Landesparteitages in der Landeshauptstadt. Wir freuen uns schon, sie auf dem nächsten Parteitag wieder als Oberbürgermeisterin begrüßen zu dürfen, denn in Schwerin wird am 4. September auch das Stadtoberhaupt gewählt. Viel Erfolg!



Breite Zustimmung zum Wahlprogramm



Fraktionsvorsitzender und Spitzenkandidat Helmut Holter

Zwei Parteitage und eine Torte



Anstrengend waren die letzten beiden Wochenenden. Landesparteitag in Schwerin und eine Woche später der Bundesparteitag in Magdeburg.

In Schwerin begeisterte Helmut mit seiner Rede. Klar bekannte er sich dazu, dass DIE LINKE in M-V bereit ist, Verantwortung zu übernehmen. Aber nicht um jeden Preis. Die Handschrift der LINKEN muss erkennbar sein. Zehn Jahre große Koalition sind tatsächlich genug für dieses Land.

Im Lande bin ich nun tatsächlich genug unterwegs durch meinen Job. Wenn ich dann nach nach Ueckermünde komme, empfängt mich ein wunderschöner Stadthafen. Aber Menschen, die aufgegeben haben auf einen Job zu hoffen und immer weniger junge Menschen. Sie verlassen einen Landstrich der praktisch deindustrialisiert ist, einen Landstrich ohne Zukunftsperspektive. Saisonarbeit in der Tourismusbranche ist keine Zukunftsvision für Menschen. Ja, auch innerhalb unseres Landes gibt es mittlerweile ein Ost-West-Gefälle. Das ist das Ergebnis von zehn Jahren SPD/CDU-Regierung. Die Kinderarmut im Land ist nicht gesunken, sie ist gestiegen. Ergebnis von zehn Jahren großer Koalition. Eine erstarkte AfD, die nicht vom Himmel gefallen ist. Sie ist für viele Menschen in ausweglloser Situation, für Menschen die sich abgehängt fühlen, eine Partei mit einfachen Antworten. Aber natürlich kann sich die AfD auch der Verdrossenheit der Menschen über die Undemokratie sicher sein, kann sie damit locken. Wer gegen die Interessen der Menschen die Südbahn abschafft, wer eine Gerichtsstrukturreform durchzieht, obwohl die Menschen sich dagegen aussprechen und wer in Wolgast Stationen des Kreiskrankenhauses trotz starker Proteste einfach schließt, darf sich nicht wundern. Menschen fühlen sich mit ihrer Meinung ignoriert und befürchten, dass ihre Region abgehängt wird. So wird Demokratie beschädigt durch eine Politik wie zu Kaisers Zeiten, als die Menschen Subjekt von Politik waren und nicht gefragt wurden.

Diese drei Themenschwerpunkte soziale Gerechtigkeit, gleichwertige Lebensverhältnisse von Ost bis West und mehr Demokratie, das sind auch die Schwerpunkte des Landeswahlprogramms. Dadurch wollen wir erkennbar sein. Einen eventuellen Koalitionsvertrag werden wir genau daran messen müssen und uns dann entscheiden. Zuvor aber muss der Wahlkampf gemacht werden. Wie sagte unsere Landesvorsitzende zum Schluss des Parteitages? „Es ist das längste Wahlprogramm, dafür aber auch das Beste!“ Da kann ich nur zustimmen, inhaltlich finde ich das Wahlprogramm sehr gut.

Eine Woche später war Bundesparteitag. Die Magdeburger Messehallen auf dem früheren Bugagelände waren der Tagungsort. Was mir als erstes auffiel, dass die riesige Fläche heute weitgehend ungenutzt ist. Der Schlüssel zum Erfolg für die Schweriner Buga war ihre Lage mitten in der Stadt und das damit verbundene Infrastrukturprogramm für unsere Stadt. Daher kann ich die gegenwärtigen Buga-Pläne nur begrüßen, denn dort wird genau diese Erfahrung berücksichtigt.

Aber zurück zum Parteitag. Begeistert haben mich die Reden von Dietmar Bartsch und Sahra Wagenknecht. Beide waren nach vorne gerichtet, formulierten Ziele, begeisterten Menschen und rissen mit. Beide machten deutlich, dass wir die Eigentumsfrage stellen müssen und beide machten kein Hehl daraus, dass Sahra Regierungsbeteiligungen im Bund kritischer sieht als Dietmar. Beide haben die Fraktion im Griff und spiegeln so ein Stück gelebte Pluralität in unserer Partei wieder.

In ganz vielen Reden dieser Tage ging es um die Auseinandersetzung mit der AfD. Auch hier hoben sich die beiden Fraktionsvorsitzenden wohltuend ab. Deutliche Kritik an den Inhalten der AfD, verknüpft mit einer Analyse der Ursache ihres Erstarkens und einer eindeutigen Aufgabenstellung an unsere Partei. Wir haben keinen Grund uns zu verstecken. Wir müssen die Demokratie verteidigen und wieder stärken, durch Kritik von links. Denn während die AfD Demokratieabbau plant, wollen wir die Demokratie stärken. Deshalb ist Druck von links nötig und auch, weil jeder Schritt hin zu sozialer Gerechtigkeit das Vertrauen in die Demokratie stärkt. Gute Gründe für unsere Überzeugungen zu streiten und uns nicht zu verstecken. Mit Selbstbewusstsein müssen wir in die Zukunft blicken, sonst haben wir verloren.

Bei den Wahlen gab es keine Überraschungen. Die Vorsitzenden wurden mit guten Ergebnissen wiedergewählt, genau wie der Bundesgeschäftsführer und der Bundesschatzmeister. Gut war die elektronische Abstimmung. Sie half Zeit zu sparen.

Und der Tortenwurf? Er ist mir nicht viel Text wert. Er war eine Schweinerei sondergleichen und die Aktion einfach Sch... Mehr will ich dazu nicht sagen, aus meiner Sicht gibt es dazu auch nicht mehr zu berichten.

Mit solidarischen Grüßen
Peter Brill
Kreisvorsitzender

Magdeburg ist (immer) eine Reise wert!



Der neu gewählte Parteivorstand



Ein Teil der Delegierten aus Mecklenburg-Vorpommern

Zugegeben für mich war es ein bisschen wie Nachhausekommen und einige Delegierte aus Sachsen-Anhalt schauten erstaunt, warum ich denn bei Mecklenburg-Vorpommern sitze, aber da gehöre ich jetzt nunmal hin.
Bundesparteitag also, 3 Leitanträge und Wahlen, dazu viele, viele Änderungsanträge und Diskussionsbedarf zu weiteren Thema, die oft nicht minder wichtig oder interessant sind.Wenn da nicht die begrenzte Zeit wäre!Für mich als „geübten“ Delegierten der „Hinweis“, es wird spät bzw. früh werden.
Die Rede von Bernd Riexinger stellte zunächst die allbekannte Situation dar, griff aber auch besonders deutlich die Frage nach den zu ändernden Eigentumsverhältnissen auf:Wer bekommt (nur) die Krümel,wer besitzt das Brot und wem gehört die Bäckerei?Wichtig, um die sozialen Fragen zu erfassen und zu lösen.All das in kleinen wie in großen Kämpfen, tagtäglich.Ich hätte mir an dieser Stelle noch mehr Impulse für unsere Arbeit gewünscht.
Zum Leitantrag 1 „Demokratie und Solidarität“ gab es 37 Redewünsche. Nur 20 Genossen konnten ihre Gedanken äußern, darunter Helmut Holter, der von seiner „Lust“ auf den Wahlkampf sprach.Katja Kipping griff viele Gedanken zur Situation und zu bisherigen Aktionen nochmals auf und bekräftigte ihren Wunsch, gemeinsam mit Bernd erneut für den Parteivorsitz zu kandidieren.Wie ihr wisst wurden beide wiedergewählt, wenn auch mit geringerer Zustimmung.
22 Genossinnen stellten sich für den neuen Parteivorstand zur Wahl.19 wurden gewählt, nach ihrer Vorstellung und Prüfung durch die Delegierten.Mich freute es, dass viele junge Genossinnen dabei waren, die aber schon erstaunlich viele Erfahrungen in ihren Landesverbänden bzw. in Berlin und Brüssel gesammelt haben.
Am Sonntag waren es v.a. die Reden von Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch, die im Gedächtnis bleiben werden.Auch hier neben der aktuellen Lage wieder die Eigentumsfrage und die Solidarität mit denen, die von dieser Gesellschaft benachteiligt werden, egal ob die Alleinerziehende oder der Flüchtling, und Unterstützung brauchen.
Von den 28 sich zur Wahl stellenden Genossen wurden 17 gewählt.Wieder nach Vorstellung und Prüfung.Leider ist es uns nicht gelungen, Steffen Bockhahn, der es bis in die Stichwahl geschafft hatte, „durchzubekommen“.Auch hier wieder eine gesunde Mischung im Alter und den verschiedenen Erfahrungsbereichen.Mich hat Frank Tempel ,LV Thüringen und Fachgebiet Drogenpolitik,besonders beeindruckt.
Ganz aktuell wurde es mit dem Dringlichkeitsantrag „Solidarität mit der HDP“, deren Vertreter auch zu uns sprach.
Alles in allem eine gute 1. Tagung des 5. BPTes.Für mich auch beeindruckend eine doch immer größer werdene Zahl junger GenossInnen. Trotzdem, wie Hans Modrow appellierte „die Mischung“ und das Miteinander machen es, zwischen 18 (jüngster) und 80 (älteste) leistet jeder seinen Beitrag.

Roswitha Stadie



Dr. Dietmar Bartsch über die Arbeti der Bundestagsfraktion



Grußworte der HDP



Klaus Leder und Helmut Holter, Spitzenkandidaten Berlin und M-V

„Gysi hat so viele Verdienste um die Partei, dass er nicht nervt“

Interview mit Dr. Dietmar Bartsch im Deutschlandfunk



Christoph Heinemann: Saft- und kraftlos - die beiden Leiden stehen im Raum. Die Diagnose stammt von Dr. Gregor Gysi, dem ehemaligen Chef der Linken-Bundestagsfraktion. Begründung: Die Linke vermittle auf Bundesebene den Eindruck, nicht in die Regierung zu wollen.

Heinemann: Ist Die Linke saft- und kraftlos?

Bartsch: Na ja, natürlich nicht. Aber wissen Sie, ich glaube, dass wir aus den Niederlagen, die beschrieben worden sind, natürlich Schlussfolgerungen ziehen müssen. Wir dürfen aber nun wirklich auch nicht die Lage irgendwo hinreden, wo sie nicht ist. Wir sind bundesweit in Umfragen stabil. Wir sollten auch über Erfolge reden. Eine Woche vor den Landtagswahlen haben wir zum Beispiel bei den Kommunalwahlen in Hessen flächendeckend zugelegt, in Kassel über zehn Prozent, in Marburg gar über 15. Ja, diese Niederlage gilt es, zu analysieren. Ja, es ist so: Es gibt Ängste in besonderer Weise im Osten. Es gibt Abstiegsängste. Der Flüchtlingszuzug wird als Bedrohung im Verteilungskampf wahrgenommen. Es ist in Sachsen-Anhalt die irre Situation gewesen, dass alle im Landtag vertretenen Parteien verloren haben. SPD und Grüne sind zusammen nicht so stark wie Die Linke. Ich werbe dafür: Ja, solide Analyse, nicht oberflächliches Gerede. Und dann Ärmel hochkrempeln, denn Die Linke hat immer eine Stärke gehabt, nach Niederlagen wieder aufzustehen. Und so gehen wir auch in den Parteitag.

Heinemann: Nervt Gysi?

Bartsch: Ach wissen Sie, Gregor Gysi hat so viele Verdienste um die Partei, dass er nicht nervt.

Heinemann: Wieso ist selbst auf ehemaligem DDR-Gebiet - Sie haben es ja eben angesprochen - die Rechte erfolgreicher als die Linke?

Bartsch: Wir haben jetzt eine Wahl gehabt. Darauf möchte ich schon verweisen. Eine Wahl, wo die AfD stärker war als Die Linke. Sie war im Übrigen sogar stärker als Die Linke und die SPD zusammen. Das ist ein Riesenproblem. Das ist ein Riesenproblem. Ich habe einen Punkt genannt: Es sind Ängste. Der Politik wird nicht zugetraut, dass sie diese Ängste in irgendeiner Weise befriedigen kann. Und die AfD hat einfache, populistische Antworten gegeben. Das ist eine Partei, die gelenkt wird in besonderer Weise im Osten durch Rassisten, durch Chauvinisten und Nationalisten, vertritt eine neoliberale Politik und ist weder sozial, noch politisch. Aber die schlichte Antwort, Grenzen zu und eure Probleme sind gelöst, die hat offensichtlich überzeugt. Das ist Herausforderung für uns, nicht dort hinterherzulaufen.

Heinemann: Funktioniert Rechtspopulismus besser als Linkspopulismus?

Bartsch: Ich weiß nicht, wie Linkspopulismus funktioniert.

Heinemann: Fragen Sie Sahra Wagenknecht.

Bartsch: Ach wissen Sie, wir erringen gemeinsam Erfolge und wir stehen auch gemeinsam bei Niederlagen.

Heinemann: Das gilt für die AfD genauso.

Bartsch: Wenn wir eine populistische Partei wären, würden wir nicht einen Ministerpräsidenten in Thüringen stellen, Oberbürgermeister, Landräte in Verantwortung. Das hat nichts mit Populismus zu tun. Das wird uns gern von einigen angedichtet. Wir sind Oppositionsführerin im Bundestag, haben dort in Größenordnungen nicht nur Anträge, Untersuchungsausschüsse und Ähnliches vorangebracht, sind die aktivste Fraktion im Deutschen Bundestag. Das ist kein Populismus, sondern das ist verantwortungsvolle Politik.

Heinemann: Das heißt, Zuwanderung muss begrenzt werden, straffällige Asylsuchende verlieren ihr Gastrecht? Das hat ja Ihre Parteifreundin gesagt. Da stehen Sie zu?

Bartsch: Nein! Wir haben in unserer Fraktion ganz klare Entscheidungen getroffen. Wir sind gegen Obergrenzen. Das Grundrecht auf Asyl kennt keine Obergrenzen. Wir als Linke haben auch im Bundestag Haltung bewiesen. Wir haben gegen alle Asylpakete gestimmt, im Übrigen im Bundestag wie im Bundesrat. Andere reden klug, stimmen dann aber im Bundesrat anders. Das ist bei uns nicht der Fall.

Heinemann: Aber worin unterscheidet sich denn, Entschuldigung bitte, Frau Wagenknechts Äußerung von Äußerungen der AfD?

Bartsch: Ich wiederhole das: Frau Wagenknecht hat den Beschluss genauso mitgetragen wie alle andere. Sie hat darauf hingewiesen, dass die Koalition, die regiert, alles dafür getan hat, dass es jetzt diese Probleme gibt. Denn dass sie in dieser Form entstanden sind, hat A mit riesengroßen Fehlern in der Außenpolitik zu tun und hat vor allen Dingen damit zu tun, dass in Deutschland über Jahre in den Kommunen im Sozialstaat gekürzt worden ist, dass die Polizei ihre Aufgaben nicht wahrnehmen kann, dass nicht mal Registrierungen stattfinden, das Meldegesetz nicht mehr gilt. Das ist der Punkt. Und da sind wir dagegen und da haben wir im Übrigen nach einer zweifelsfrei nicht so ganz glücklichen Äußerung im Januar, die immer gern wieder zitiert wird, eine Auseinandersetzung in der Fraktion geführt. Und haben dort eine klare, ich wiederhole das, eine klare Haltung bewiesen. Diese Haltung, mit der können wir nur gewinnen, sowohl menschlich als auch moralisch. Und wir werden im Übrigen auch bei Wahlen schon im Herbst in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin gewinnen.

Heinemann: Um 7:25 Uhr können wir schon mal festhalten: Gregor Gysi nervt nicht und Sahra Wagenknecht äußert sich gelegentlich etwas unglücklich. - Ihre Partei, Die Linke sagt, Sie sind gegen Obergrenzen, Sie erkennen offenbar an, dass das mit der Integration alles nicht so gut läuft. Wie passt denn das zusammen? Möchten Sie, dass 2016 wieder eine Million Migrantinnen und Migranten nach Deutschland kommen?

Bartsch: Wissen Sie, diese Frage steht doch nicht.

Heinemann: Natürlich steht sie im Raum.

Bartsch: Nein, sie steht nicht im Raum.

Heinemann: Deshalb hat die AfD gewonnen, unter anderem, genau weil die Frage im Raum steht.

Bartsch: Sie steht nicht im Raum. Und ich bin dafür, dass wir endlich nicht nur verbal über Fluchtursachen reden, sondern endlich etwas tun. Linke-Position ist nicht, kommt zu Millionen her, sondern Linke-Position ist, dass Menschen dort, wo sie geboren werden, sich entwickeln können. Wir haben leider mit Exporten von Soldaten und Waffen in alle Welt eine Mitverantwortung, im Übrigen auch mit einer Wirtschaftspolitik, die dafür sorgt, dass man dann in Jordanien Hähnchenschenkel aus Deutschland kaufen kann. Das ist genau der Punkt. Und wenn wir hier nicht angreifen, dann werden auch geschlossene Grenzen das Problem nicht lösen. Es ist doch skandalös, was aktuell an den Außengrenzen der EU läuft. Und das, was mit der Türkei und diesem furchtbaren Deal bei einem Despoten läuft, der

Menschenrechte missachtet, der Frauenrechte missachtet, der Kurden tötet, das ist die falsche Politik. Unser Fokus muss auf der Großen Koalition und ihren Fehlentscheidungen liegen. Die Große Koalition hat den Boden bereitet für die AfD.
Heinemann: Sie würden alle Menschen, die kommen wollen, reinlassen?
Bartsch: Wissen Sie, diese Frage steht doch nicht.
Heinemann: Doch! Sie steht im Raum.
Bartsch: Ja, Menschen in Not kommen in unser Land. Und Sie würden dann die Menschen an der Grenze mit Waffengewalt zurückdrängen? Das will die AfD, das wollen wir ausdrücklich nicht. Deutschland ist geprägt durch die christlich-jüdischen Werte und da gehört im Übrigen das dazu, was in der Bibel steht, dass der Fremde, der in Not hier herkommt, bei uns willkommen ist. Das wird Gott sei Dank so bleiben und die Mehrheit der Menschen sieht das so. Ich wiederhole, dass wir mit dieser Haltung moralisch, menschlich und politisch auch bei Wahlen erfolgreich sein werden.
Heinemann: Herr Bartsch, wieso wählen Arme, Abgehängte und Arbeitnehmer die AfD und nicht Die Linke?
Bartsch: Ja, das ist ein Fakt, den wir zur Kenntnis nehmen müssen. Die AfD war bei Arbeitern und Arbeitslosen in Sachsen-Anhalt stärkste Partei, auch in Baden-Württemberg. Das sind Ängste, das sind Abstiegsängste. Es ist so, dass der Flüchtlingszuzug noch mehr als Bedrohung wahrgenommen wird im Verteilungskampf um staatliche Mittel. Dieses Problem müssen wir zur Kenntnis nehmen und müssen deutlich machen, dass es dort andere Wege gibt. Es ist doch so, dass Hartz IV nicht wegen der Flüchtlinge gekommen ist. Die Suppenküchen in Deutschland gab es bereits davor. Ich will diejenigen sehen, die jetzt wirklich Einschränkungen durch die Flüchtlinge entgegennehmen müssen. Aber klar ist auch: Dort wo es wie in Köln oder an anderen Stellen Kriminalität gibt, da gilt das Gesetz für alle, und zwar unabhängig von Religion, Rasse und Geschlecht. Das ist völlig klar!

Das sehe ich anders!

Dem Genossen Peter Brill ist der Tortenwurf auf Sahra Wagenknecht nicht viel Text wert, das sehe ich grundsätzlich anders. Hinter dieser Attacke verbirgt sich meiner Meinung nach doch ein ernstzunehmendes Problem.
Natürlich kann man die Aktion als die Tat einiger Spinner, wie auch immer abtun, aber ist das wirklich so? Angesichts der gegenwärtigen verhängnisvollen Entwicklung in Europa, dem Erstarken der AfD sollte es doch, nein muss doch jedem klar sein, dass es gegen rechte Hetzer eines gemeinsamen Vorgehens bedarf. Vorab, Gen. Bartsch hat völlig Recht, wenn er sagt: „Das ist nicht links, das ist auch nicht antifaschistisch, das ist asozial."
Ich habe auf dem Bundesparteitag mit der Angelegenheit zu tun gehabt. Als eingeteilter Ordner habe ich mit zwei weiteren Genossen unmittelbar im Saal drei Vertreter der Initiative „Torten für Menschenfeinde" beim in die Luft werfen von Flugblättern festgesetzt und aus dem Saal geführt - junge Menschen einer selbsternannten und in den Medien leider auch so bezeichneten Antifaschistischen Initiative.
Zeitgleich kam es zu dem Tortenangriff durch eine andere Person der gleichen Gruppe auf Genossin Wagenknecht. Ich erteilte den genannten Personen Hausverbot und hielt sie bis zum Eintreffen der Polizei in Gewahrsam. Zwangsläufig kam es dabei auch zu einem Wortwechsel. Eine zur Schau gestellte Selbstherrlichkeit, ein aufreizendes provozierendes selbstgerechtes Darstellen der eigenen Person als Antifaschisten schlug mir entgegen, so dass ich mich zugegebenermaßen bemühen musste, meine Wut zu zügeln. Kurz danach gesellte sich eine junge Delegierte des Parteitages zu den Dreien dazu und plauderte freundlich, verbindlich und lächelnd. Man kannte sich offensichtlich. Nach Prüfung des Namens stellte ich fest, dass es sich dabei um eine Delegierte vom Jugendverband SOLID aus Berlin handelte. Zur Rede gestellt und in Absprache mit der Verantwortlichen für den Ablauf des Parteitages forderten wir sie auf, ein Treffen des Verbandes SOLID unmittelbar durchzuführen und sich öffentlich von der Attacke zu distanzieren. Eine halbherzige Erklärung kam zustande, in der man sich über den unverhältnismäßigen Einsatz der Polizei und der Sicherungskräfte beschwerte. Soweit zum Sachverhalt. Warum ich überhaupt davon berichte, ist das Unverständnis und die Wut darüber, dass angebliche LINKE und Antifaschisten Frau Storch von der AfD und Genossin Sahra Wagenknecht und mit ihr auch DIE LINKE auf eine Stufe stellen. Und was haben sie letztendlich erreicht? Dass sich der Parteitag selbstverständlich mit Gen. Wagenknecht solidarisierte und eben nicht die vielleicht notwendige Debatte über Äußerungen von Sahra zu Obergrenzen führte.
Zur Presse nur so viel: für mich widerlich, wie sich die Meute auf das Geschehen stürzte und genüsslich ein Interview nach dem anderen mit „Antifaschisten" führte. Man nehme einmal an, Vertreter der Partei DIE LINKE hätte auf einer Veranstaltung der CSU ähnliches unternommen. Schon in der Überschrift der Journaille hätten wir von Linksextremisten erfahren, was aufs Schärfste verurteilt werden muss und es hätte einen Kommentar gegeben. Einen Ehrenkodex gibt es scheinbar nicht, sonst hätte man vielleicht auf das Bild in der SVZ verzichten können. Ein anderes hatte man offensichtlich nicht zur Hand, …. haben wollen! Interessant übrigens, dass es der Stern war, der das Bild als erstes im Internet hatte. Abgesprochen und geplant?
Und hier soll sich der gedankliche Kreis dann schließen mit der eindringlichen Forderung, dass es im Kampf gegen die organisierte Rechte keine guten oder schlechten Antifaschisten gibt. Wenn das alle handelnden Personen schnell begreifen, werden sie hoffentlich nie wieder sagen müssen: Gebt euch nicht erst wieder im Konzentrationslager die Hände!!

Peter Templin
Kreisgeschäftsführer
DIE LINKE. Schwerin

Ehrendes Gedenken zum Tag der Befreiung



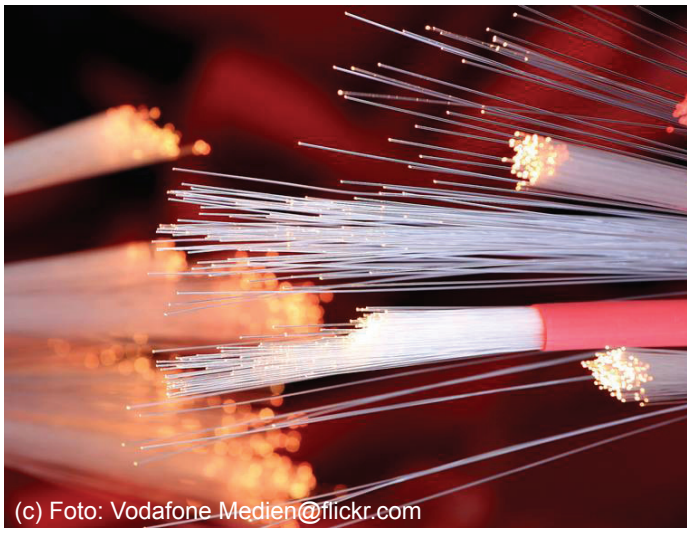
Ehrung und Gedenken in Schwerin



Traditionelle Mahnwache in Demmin

Am landesweiten Gedenktag erwiesen zahlreiche Bürgerinnen und Bürger, viele von Ihnen mit russischen Wurzeln den Gefallenen auf dem Platz der Opfer des Faschismus die Ehre. Hauptrednerin war in diesem Jahr Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow, die den Bogen von den Kämpfen des Jahres 1945 zu den kriegerischen Auseinandersetzungen der Gegenwart spannte. Eindringlich betonte sie, wie wichtig das Eintreten für Frieden und Versöhnung ist und zitierte dazu unter anderem Zeilen aus dem Udo Lindenberg Lied „Wozu sind Kriege da?". Leider hat dieses mehr mehr als 30 Jahre nach seinem Erscheinen nichts an Aktualität verloren.

M-V braucht Glasfaser statt Kupfer – Landesregierung muss nachsteuern


(c) Foto: Vodafone Medien@flickr.com

Die Landesregierung handelt beim nicht flächendeckenden Glasfaserausbau gefährlich kurzsichtig und macht lediglich das, was sie ohnehin machen muss. Die Richtschnur des Bundes ‚50 Mbit für jeden Haushalt bis 2018' hängt heute schon zu niedrig. Nur der konsequente Ausbau mit Glasfaser bis in jedes Haus macht M-V bei der Netzversorgung zukunftssicher. Jetzt rächt sich, dass man von Seiten des Landes den Kommunen nicht nahegelegt hat, selbst auszubauen, statt von einem Netzanbieter ausbauen zu lassen. Das vom größten Netzanbieter des Landes betriebene Vectoring, die Weiterverwendung von Kupferkabeln, wird in absehbarer Zeit technologisch hoffnungslos veraltet und den Anforderungen nicht mehr gewachsen sein. Dann drohen erneute Investitionen in Millionen-, wenn nicht gar in Milliardenhöhe, die das Land dann allein stemmen muss, statt wie heute auf die Hilfe des Bundes zurückgreifen zu können.

DIE LINKE fordert die Landesregierung auf nachzusteuern. Die Zielgröße muss der Gigabitbereich sein. Dafür muss die Landesregierung einen Plan erarbeiten. Einmalig einen Nachtragshaushalt vorzulegen, um mit kozufinanzierenden Bundesmitteln endlich die 50 Mbit flächendeckend vorweisen zu können, kann nur der Anfang sein. Für die Menschen, die Wirtschaft, die Entwicklung des gesamten Landes ist der zukunftssichere Breitbandausbau zwingend notwendig. **Helmut Holter**

Kinder- und Jugendarmut bekämpfen

Aus dem Wahlprogramm zur Landtagswahl haben wir 15 Zukunftsprojekte entwickelt, welche wir konkret angehen wollen, wenn das Wahlergebnis es hergibt. Wir sagen ganz konkret, was geht und was wir uns vorstellen, um dieses Land Schritt für Schritt sozial gerechter zu machen. Zum Internationalen Kindertag schrieben viele Zeitungen über das traurige Thema Kinderarmut. Wir haben das Problem in M-V schon vor langer Zeit thematisiert und angeklagt. Nahezu jedes dritte Kind und jeder dritte Jugendliche im Land ist von Armut betroffen. Doch wir haben auch Lösungsvorschläge unterbreitet. Diese finden sich in unserem 2. Zukunftsprojekt „Kinder- und Jugendarmut bekämpfen".



Das Problem

Die Kinderarmut in Mecklenburg-Vorpommern ist alarmierend. Nahezu jedes dritte Kind und jeder dritte Jugendliche ist von Armut betroffen. Damit ist M-V nach Bremen und Sachsen-Anhalt das Bundesland mit dem drittgrößten Armutsrisiko für Kinder und Jugendliche. Dies hat für die Betroffenen gravierende Folgen. Studien belegen: Sie lernen weniger Neues kennen, können also ihren Horizont nicht wie andere Kinder erweitern. Aber auch an elementaren Dingen, wie Winterkleidung, mangelt es.

Unser Ziel

Die eine Maßnahme zur Überwindung von Kinderarmut gibt es nicht. Es braucht eine Vielzahl an Schritten, von denen die Einführung einer armutsfesten Kindergrundsicherung auf Bundesebene die wichtigste ist. Auf Landesebene wollen wir gemeinsam mit Bündnispartnern ins Gespräch kommen und unsere Möglichkeiten nutzen, die gesellschaftliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Zentral ist hierbei die Verbesserung der vorschulischen Bildung.

Wie wir es erreichen wollen

In den kommenden fünf Jahren wollen wir jährlich einen Jahrgang der Kinderbetreuung in den Kitas für die Eltern kostenfrei stellen: 2017 die sechsjährigen Vorschulkinder, 2018 die fünfjährigen, 2019 die
vierjährigen und 2020 die dreijährigen. Wir treten für die Einführung des Kita-Anspruchs auf einen Ganztagsplatz für alle 3- bis 6-Jährigen ein. Kurzfristig wollen wir die Anzahl der Erzieher/-innen erhöhen. So soll künftig in der Krippe eine Fachkraft fünf Kinder betreuen. Im Hort sollen es nur noch 21 Kinder sein. Mittelfristig wollen wir ein Verhältnis von 1:12 im Kindergarten und 1:18 im Hort durchsetzen. Wir wollen einen „Runden Tisch" gegen Kinderarmut zur Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe initiieren und einen „Familienpass M-V" mit vergünstigten Angeboten für Familien einführen. Weiterhin wollen wir für eine auskömmliche Finanzierung der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit sorgen.

Kosten

- kurzfristige Verbesserung der Fachkraft-Kind-Relation in Krippe und Hort: 17,8 Mio. Euro
- mittelfristige Verbesserung: weitere 19,8 Mio. Euro
- Ganztagsplatzanspruch: 2,1 Mio. Euro
- Erhöhung der Landeszuweisungen für Kinder- und Jugendhilfe: 2 Mio. Euro

Neueröffnung des Mueßer Hofes

Den meisten Schwerinern ist das ehemalige Gasthaus „Zum Reppin“ noch ein Begriff. Nachdem es von Jana Maiwirth erworben und in 18 Wochen umgebaut wurde, heißt es nun „Mueßer Hof“. Vor allem die Eisdiele war seit 30 Jahren weit über die Stadtgrenzen hinaus bekannt. In neuem Ambiente kann künftig wieder gespeist und übernachtet werden. Auch für Feiern kann man den Mueßer Hof nutzen. Im Namen der LINKEN gratulierten Helmut Holter und Henning Foerster heute sehr herzlich und wünschten der Inhaberin allzeit zufriedene Gäste.



Vereine feiern Weltspieltag am Pfaffenteich





Am Pfaffenteich konnten einheimische Kinder und solche von auswärts an verschiedenen Stationen das tun, was sie ihrem Alter entsprechend tun sollen – spielen und dabei Spaß haben und lernen. In vielen Teilen der Welt müssen Kinder bereits mithelfen, dass Familieneinkommen zu erarbeiten. Und auch in Ländern, wie Deutschland ist längst nicht alles Gold, was glänzt. Daran erinnert man am Weltspieltag. In diesem Jahr präsentierten die Vereine aus der Kinder- und Jugendarbeit überwiegend Straßenspiele, auch um darauf aufmerksam zu machen, wie viele Spaß Bewegung im freien erzeugt. Es muss eben nicht immer die Play Station oder das Handy sein. Ein schöner Termin für Henning Foerster und Angelika Gramkow, die zudem wieder die schon traditionelle Kindersprechstunde anbot.

Die Genossinnen und Genossen des Ortsverbandes Mitte
und der Kreisvorstand der Partei DIE LINKE Schwerin trauern um Genossen

Dr. Rolf Holzhauer.

Herzlichen Glückwunsch

Die Genossinnen und Genossen des Ortsverbandes Süd gratulieren recht herzlich am 04.06. Genossin Elisabeth Lösel zum 88., am 20. 06. Genossen Franz Rüdiger zum 83. und Genossin Ina Latendorf am 26. 06. zum 45. Geburtstag, verbunden mit den besten Wüschen für Gesundheit und Wohlergehen.

++++++++++++++

Die Basisorganisation 605 gratuliert nachträglich dem Genossen Jan Templin zu seinem 36. Geburtstag. Im Monat Juni begehen die Genossin Waltraud Hofmann ihren 89., die Genossin Antje Feldmann ihren 47., der Genosse Otto Wätcke seinen 95. und der Genosse Erwin Gramkow seinen 61. Geburtstag. Die Basisorganisation 605 wünscht Ihnen alles Gute, vor allem Gesundheit.

Impressum
„Offenes Blatt“ wird herausgegeben vom Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. Schwerin.
Anschrift der Redaktion: Martinstraße 1/ 1A, 19053 Schwerin,
Tel.: 0385/ 7587454, E-Mail: info@die-linke-schwerin.de, Internet: www.die-linke-schwerin.de
Die Redaktion behält es sich vor, Beiträge zu kürzen oder in einer späteren Ausgabe zu veröffentlichen.
V.i.S.d.P.: Peter Brill
nächste Ausgabe: 29.04.2016

Linksfraktion begrüßt Förderung des Neubauvorhabens Berufliche Schule Lankow

„Immer wieder wurden wir in den vergangenen Jahren mit Hilferufen der Beruflichen Schule in Lankow konfrontiert, sei es durch dort tätige Lehrer, Schülerinnen und Schüler oder deren Eltern. Bei Vor - Ort Besuchen wurde deutlich, dass in einzelnen Bereichen des Hauses sprichwörtlich der Putz von den Wänden fiel. Trotz vielfachen Engagements, auch im Stadtparlament, konnten derartige Mängel am und im alten Gebäude bislang nur kosmetisch behoben werden. Mit der gestrigen Zusage für eine großzügige Förderung des 23 Mio. Euro teuren Neubau durch das Land können nun endlich die Rahmenbedingungen geschaffen werden, die einen modernen Berufsschulstandort auszeichnen. Das alte Gebäude wird abgerissen und macht einem Neubau am selben Standort Platz. Das ist eine gute Nachricht für den Stadtteil Lankow, die Landeshauptstadt Schwerin und das Umland, denn sie sichert Ausbildungsmöglichkeiten für aktuell mehr als 1.700 Schülerinnen und Schüler nachhaltig.

Henning Foerster

Linksfraktion vor Ort im Zoo



Das neue Konzept des Schweriner Zoos war Thema eines gemeinsamen Rundganges der Linksfraktion mit Zoodirektor Dr. Schikora und Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow am Montagabend. Dabei informierten sich die Stadtvertreter und sachkundigen Einwohner aus erster Hand und nahmen aktuelle Baufortschritte, zum Beispiel am Nashorn Gehege oder am Erlebnis Bauernhof persönlich in Augenschein. Geduldig erläuterte Dr. Schikora die Pläne für die kommenden 5-10 Jahre und untersetzte diese auch durch entsprechende Zahlen für daraus resultierende Investitionsbedarfe und Fördermöglichkeiten. „Mit diesem Besuch ist die strategische Neuausrichtung für uns nachvollziehbar geworden. Der Zoo ist im 60. Jahr seines Bestehens auf einem guten Weg. Als Artenschutz Zoo soll er die Besucherinnen und Besucher mit seltenen Tierarten begeistern und dabei gleichzeitig ein Bewusstsein dafür schaffen, dass die hier respektvoll gehaltenen Tiere jeweils Botschafter bedrohter Arten sind. Zudem werden durch die geplanten Baumaßnahmen gleichermaßen die Haltungsbedingungen für die Tiere, das Erlebnis Zoo für die Gäste und nicht zuletzt auch die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verbessert. Deutlich wurden die Chancen, die sich zusätzlich mit der Einbindung des Zooareals in eine künftige Bundesgartenschau ergeben. Wir gehen daher heute mit einem sehr guten Gefühl nach Hause und werden die nun anstehenden Beratungen zum Entwicklungskonzept in den Gremien der Stadtvertretung wohlwollend begleiten“, so das Fazit des Fraktionsvorsitzenden Henning Foerster.

20 Jahre Haus der Begegnung





Seit vielen Jahren engagieren sich die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter im Haus der Begegnungen für Arbeitslose, Gehörlose oder Kinder aus sozial benachteiligten Familien und haben eine aus dem Stadtteil und der Landeshauptstadt nicht mehr wegzudenkende Institution geschaffen, die parteiübergreifend Unterstützung erfährt. Ehrensache, dass die Abgeordneten und die Oberbürgermeisterin der LINKEN an einem solchen Tag persönlich erscheinen und stellvertretend für alle Macher und ihre Gäste Armin Blumtritt gratulieren.

Schwerin erinnert an die Bücherverbrennung

In den Schweriner Höfen erinnerte das Aktionsbündnis für ein friedliches und weltoffenes Schwerin an die Bücherverbrennung, bei der die nationalsozialistische, deutsche Studentenschaft Werke bekannter aber verfemter Autoren, wie Kurt Tucholsky oder Erich Maria Remarque öffentlich ins Feuer warf. Bei einer Lesung wurde aus den seinerzeit verbrannten und anderen Werken vorgetragen. Mit dabei waren natürlich auch die Oberbürgermeisterin und die Landtagabgeordneten der LINKEN.



